

Der Clean Industrial Deal – Was er für Industrie und Beschäftigte bedeutet

I. Was hinter dem Clean Industrial Deal steckt

Die Europäische Kommission hat Ende Februar 2025 den „Clean Industrial Deal“ (CID) vorgestellt. Dahinter steckt ein umfangreiches Programm, mit dem Europas Industrie klimafreundlicher, krisenfester und wettbewerbsfähiger werden soll. Der CID knüpft an das Ziel der Klimaneutralität an, geht aber industriepolitisch darüber hinaus: Wie sichern wir bezahlbare Energie? Wie bleibt Europas Industrie zukunftsfähig? Und wie wird der Wandel sozial gerecht gestaltet?



Webseite der EU-Kommission
zum CID

Im Zentrum des CID stehen sechs Handlungsfelder. Erstens geht es um hohe Energiepreise, die viele Unternehmen belasten – teils zahlen sie drei- bis fünfmal so viel wie Wettbewerber in den USA. Der ergänzende „Affordable Energy Action Plan“ setzt unter anderem auf eine gemeinsame Erdgasbeschaffung. Zweitens will die EU neue Märkte für klimafreundliche Technologien schaffen – etwa für Wasserstoff. Drittens sollen Investitionen in die Transformation besser finanziert werden. Viertens soll die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden, zum Beispiel durch neue Regeln für den Handel mit recycelten Produkten und steuerliche Vorteile für Gebrauchsgüter. Fünftens plant die Europäische Union (EU), internationale Partnerschaften strategisch neu auszurichten. Und sechstens soll der Wandel gerecht verlaufen – durch faire Arbeitsbedingungen und gezielte Weiterbildung.

Die sechs Handlungsfelder des CID



Industriegewerkschaften wie die IGBCE haben viele dieser Punkte seit Langem gefordert. 2024 war sie Mitunterzeichnerin der „Antwerpener Erklärung“ für ein starkes europäisches Industrieabkommen. Dazu gehören bezahlbare Energie, Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung, klare Regeln für nachhaltige Technologien und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Für die Gewerkschaften ist klar: Der CID kann ein wichtiger Schritt sein – wenn er nicht bei Absichtserklärungen stehen bleibt. Aus Klimaschutz muss auch Beschäftigungsschutz werden. Gute Arbeit, faire Löhne und Sicherheit im Wandel sind ebenso zentral wie CO₂-Ziele. Nur dann wird die Industrie der Zukunft nicht nur grün, sondern auch sozial gerecht.

II. Offene Fragen: Wer bezahlt die Transformation?

Die Finanzierungslücke beim Clean Industrial Deal

Damit der CID Wirkung entfalten kann, braucht es vor allem eines: Geld. Laut EU-Kommission werden bis 2030 jährlich rund 480 Milliarden Euro nötig sein, um Industrie und Wirtschaft in der Europäischen Union (EU) klimafreundlich umzubauen.

Ein zentrales Element des Plans ist die *industrielle Dekarbonisierungsbank*, die 100 Milliarden Euro bereitstellen soll – gespeist aus dem EU-Innovationsfonds, dem Emissionshandelssystem und freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten. Doch viele dieser Quellen sind nicht verbindlich zugesagt. Gewerkschaften kritisieren daher zu Recht: Dieses Geld ist kein echter Neuzugang, sondern wird aus bestehenden Töpfen umverteilt. Die Bank deckt damit nur etwa ein Viertel des tatsächlichen Finanzbedarfs – der Rest bleibt offen.

Die EU setzt daher zusätzlich auf privates Kapital. Das klingt gut, ist aber kompliziert. Um Investoren für riskantere Projekte zu gewinnen, soll die Europäische Investitionsbank Garantien geben und die EU will ihre Förderregeln anpassen. Dadurch sollen 50 Milliarden Euro an Investitionen mobilisiert werden. Doch ob das funktioniert, ist ungewiss. Selbst bei dieser optimistischen Rechnung bleibt eine Finanzierungslücke bestehen.

Ob der CID erfolgreich wird, hängt maßgeblich davon ab, ob tragfähige Lösungen für diese Finanzierungsfragen gefunden werden.

Sozialer Anspruch – schwache Umsetzung

Der CID spricht zwar von einer sozialen Transformation – doch bisher bleibt es bei allgemeinen Aussagen. Geplant sind unter anderem ein *European Fair Transition Observatory*, das Daten zur Auswirkung der Transformation auf Beschäftigte sammeln soll und eine *Union of Skills*, die Weiterbildung erleichtern soll. Außerdem soll mit Sozialpartnern eine *Quality Jobs Roadmap* erstellt werden – für bessere Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und faire Chancen beim Arbeitsplatzwechsel.

Doch bislang fehlt es an Verbindlichkeit. Laut einer Analyse des Wuppertal Instituts sind die Maßnahmen nur vage. Zudem werden die Programme mit bestehenden Mitteln aus dem Erasmus+-Programm finanziert, statt neue Gelder bereitzustellen.



Hermville, L. et al. (2025):
Schnellanalyse des Clean Industrial
Deal: eine erste Bewertung des
industriepolitischen Programms
der EU-Kommission 2025–2029.

Unklar bleibt auch, wie besonders betroffene Branchen und Regionen unterstützt werden sollen. Gerade durch die Digitalisierung entstehen tiefgreifende Veränderungen: Arbeitsplätze fallen weg oder verändern sich völlig. Hier braucht es dringend konkrete Sozialpläne, um Betroffene zu schützen und Perspektiven zu schaffen.

Fazit: Die Idee der gerechten Transformation ist richtig – aber noch weit von der Umsetzung entfernt. Gute Arbeit braucht mehr als Ankündigungen: Sie braucht klare Regeln, sichere Finanzierung und echte Mitbestimmung.

III. Geld und Gerechtigkeit: Was jetzt passieren muss

Solidarische Finanzierung statt Schönrechnerei

Die Finanzierungslücke ist das größte Hindernis für die Umsetzung des CID. Der Deal enthält viele sinnvolle Ansätze – doch ohne neue, verlässliche Einnahmen bleibt er wirkungslos.

Bereits 2024 schlug der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) einen EU-Zukunftsfonds vor, finanziert durch Beiträge der Mitgliedstaaten und eine gemeinsame Kreditaufnahme der EU. Konkret würde die EU-Kommission im Namen aller Mitgliedstaaten Schulden aufnehmen – ähnlich wie beim Corona-Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“. Die Mittel sollen gezielt in die ökologische und industrielle Transformation fließen. Der Fonds könnte ab Ende 2026 starten und bis 2034 laufen – also über den Zeitraum des nächsten EU-Haushaltsrahmens.

Auch die IGBCE hat einen Finanzierungsvorschlag eingebracht. Er sieht eine einmalige, zweckgebundene Vermögensabgabe von 5 Prozent für das reichste Tausendstel der Bevölkerung vor. Übertragen auf die EU brächte eine Vermögensabgabe von nur 2 bis 3 Prozent mehr 200 Milliarden Euro ein – ein spürbarer Beitrag zur Finanzierung der Transformation.

Solche solidarischen Modelle wären nicht nur finanziell wirksam, sondern auch sozial gerecht. Wer den Wandel ernst meint, muss über neue Einnahmen sprechen – und nicht nur vorhandenes Geld umverteilen.

Den sozialen Wandel konkret machen

Der CID erkennt an: Ohne soziale Absicherung gelingt die Transformation nicht. Doch bisher bleibt es bei allgemeinen Absichtserklärungen. Damit Beschäftigte in allen Regionen und Branchen vom Wandel profitieren können, braucht es verbindliche soziale Rechte.

Der Europäische Gewerkschaftsbund und der DGB fordern ein Recht auf Weiterbildung – durch gesetzlich gesicherte Freistellung mit Entgeltfortzahlung. Auch das Weiterbildungspersonal braucht gute Arbeitsbedingungen. Dies muss im CID verankert und finanziell unterlegt werden – damit der Wandel auch sozial gelingt.



Deutscher Gewerkschaftsbund (2024): Ein EU-Zukunftsfonds für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.



IGBCE fordert einmalige Vermögensabgabe der Reichsten (igbce.de)



DGB-Thesen zur Weiterbildung: 11 Wegmarken für eine Architektur lebensbegleitenden Lernens

Fördergelder sollten nur an Unternehmen gehen, die soziale Standards einhalten. Dazu zählt Tarifbindung und Transparenz über den Anteil tatsächlich tariflich Beschäftigter. Auch öffentliche Aufträge sollen zukünftig nur noch an Unternehmen gehen, die sich an diese Standards halten. Nur so wird verhindert, dass Steuergelder in prekäre Beschäftigung oder Lohndumping fließen. Wie das gehen kann, zeigt ein Gutachten des DGB.

Festzuhalten bleibt, der soziale Teil des CID braucht mehr Verbindlichkeit. Weiterbildung, Tarifbindung und faire Arbeitsbedingungen sind keine Nebensache – sie sind die Grundlage für eine gerechte Transformation.



DGB (2024): Rechtliche Zulässigkeit einer Verknüpfung staatlicher Zuwendungen mit sozialen Vorgaben.



Europäischer Gewerkschaftsbund (ETUC): Strategic Assessment of the Clean Industrial Deal.

Was macht die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE?

Als gemeinnützige Stiftung machen wir Forschung an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit, Transformation und Guter Arbeit immer aus der Perspektive und im Sinne der Beschäftigten. Im Schwerpunkt *Transformation der Industrie* beschäftigt sich die Stiftung mit den Rahmenbedingungen für eine Industrie der Zukunft.



**JETZT ZUM
NEWSLETTER
ANMELDEN!**



Bitte zitieren als:

Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE (2025): Der Clean Industrial Deal – Was er für Industrie und Beschäftigte bedeutet. Diskussionspapiere zur Transformation, Berlin.